

## „Grundwerte für Sicherheit und Frieden“

Im März 2021 hat die Grundwertekommission der SPD ein Papier über „Prämissen und Parameter einer aktualisierten SPD Friedenspolitik“ veröffentlicht. Es stellt das traditionell sozialdemokratische Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ an den Anfang, das auch Grundlage der Entspannungspolitik war. Und obwohl Russland 2021 noch als möglicher Partner Gemeinsamer Sicherheit gedacht war, stellte die Kommission doch folgende Fragen:

„Wieviel Abschreckungsfähigkeit braucht ‚gemeinsame Sicherheit‘? ... Auf welchen Mindestbedingungen muss man bestehen? Z.B. Vertragspolitik und Multilateralismus? Wie kann eine langfristige Strategie die Sicherheit beider Seiten stärken durch gegenseitige Bindung an langfristige gegenseitige Interessen?“

Putin hat mit seinem brutalen Angriffskrieg die „gegenseitige Bindung an langfristige gegenseitige Interessen“ als Bedingung gemeinsamer Sicherheit definitiv zerbrochen. Nach dieser Zeitenwende müssen wir in einer Welt politisch handeln, in der Großmächte offensiv gegen unsere Werte angehen und das Recht mit Füßen treten.

Deshalb muss sozialdemokratische Friedenspolitik nun drei Voraussetzungen für den Frieden in den Mittelpunkt rücken: 1. die Notwendigkeit zureichender Abschreckung gegenüber Gegnern, die keine gemeinsame Sicherheit wollen. 2. den Willen der Bürgerinnen und Bürger, in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu leben und dazu auch zu Opfern bereit sein. Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg müssen wir uns dieser politischen Gewissensfrage stellen. 3. die globale, nicht nur nationale oder europäische Dimension von politischer Verantwortung und Solidarität, nicht zuletzt für den Frieden mit der Natur.

„Ohne Frieden ist alles nichts“, kann nur gelten, wenn über den Waffenstillstand hinaus die Menschen in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität miteinander leben können. Dass Waffen schweigen, ist eine notwendige Voraussetzung von Frieden, aber keine zureichende. Ein Diktat ist kein Frieden. Das macht ein Ende des Krieges in der Ukraine so schwer.

Putin hat seinen Angriffskrieg auf die Ukraine inzwischen zu einem Weltanschauungskampf gegen den Westen erklärt. Die Systemgegnerschaft müssen wir annehmen. Dazu gehört, dass wir unsere Werte kennen und dass wir sie wirklich – auch selbstkritisch – leben. Was sind unsere Werte?

Zunächst Freiheit: Sie schließt zwar auch freien Konsum ein, aber in erster Linie geht es um Freiheit des Gewissens, der öffentlichen Meinung, der politischen Wahl. Um sie zu praktizieren, braucht es Sicherheit gegen soziale Verunsicherung und gegen Willkür. Freiheit braucht den Schutz des Rechtsstaats, der auf Machtteilung ruht. Wo die politische Macht sich zusammenballt, gibt es weder Freiheit noch Recht. Xi Jinping hat für seine Herrschaft der Kommunistischen Partei den Begriff Demokratie reklamiert. Zu Unrecht. Denn Gewaltenteilung lehnt er ausdrücklich ab. Freiheit kann Risiken für die Stabilität eines Systems enthalten. Sie darf ihr dennoch nicht geopfert werden. Stabilität ohne Freiheit ist kein Frieden, ist auch nicht nachhaltig.

Gerechtigkeit ist im Kern gleiche Freiheit, will die Freiheit für alle, nicht nur für Privilegierte. Dafür muss auch in Demokratien immer gekämpft werden, und sie bleibt immer unvollständig. Sie umfasst nicht nur die materielle Ausstattung für ein freies privates Leben, sondern Chancengleichheit für soziale und politische Teilhabe und die Übernahme von Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen, das ihnen auch innere Sicherheit vermitteln muss.

Ohne Solidarität lässt sich Gerechtigkeit nicht verwirklichen. Wenn Menschen, die besser dastehen, nicht bereit sind, auf Ansprüche zu verzichten, kann Gerechtigkeit nicht gelingen. Auch im Alltag brauchen wir persönliche und kollektive Solidarität, etwa für gute Tarifverträge und Sozialversicherungen. Nur ein Gemeinwesen, das Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gemeinsam verwirklicht und institutionalisiert, kann Frieden schaffen. Solche Gemeinwesen sind derzeit global in der Minderheit.

Hinzu kommen seit den 1970er Jahren als weitere Bedingungen der Frieden mit der Natur, die Erhaltung von Artenvielfalt und Rohstoffen, der Klimaschutz. Für diesen Frieden müssen wir auch mit Autokraten kooperieren. Wenn es gelingt, gemeinsame Interessen aufzubauen, haben wir Chancen. Sie zu finden

und doch die Gegensätze der politischen Systeme auszusprechen, dieses Spannungsverhältnis ist die große Hausforderung. Die russische Autokratie hat mit ihrem Eroberungskrieg die Chancen des Klimaschutzes drastisch verschlechtert. Aber auch Demokratien, die autoritär regiert werden, ebenso wie skrupellose Unternehmen zerstören den Frieden mit der Natur, z.B. Brasilien unter Bolsonaro mit der Abholzung des Regenwaldes.

Für den Frieden mit der Natur brauchen wir die andauernde Solidarität des Nordens mit den ärmeren Ländern des globalen Südens, nicht zuletzt gegen die krasse soziale Ungleichheit, die viele Kriege zwischen Staaten und vor allem in ihnen verursacht; ebenso wie der globale Kampf um Ressourcen.

Auch wenn wir entgegen unseren Prinzipien nach der Zeitenwende zu Rüstungsexporten in das Kriegsgebiet der Ukraine Waffen liefern, um deren Selbstverteidigung zu unterstützen, bleibt die transparente Kontrolle von Rüstungsexporten auf der Tagesordnung. Dringender als in früheren Jahrzehnten müssen wir die Sicherung von Infrastruktur, Krieg im Cyberspace und Dynamiken der technologischen Entwicklung als Gefährdungen des Friedens systematisch angehen.

Frieden muss vor Ort beginnen und erfordert zugleich globale Solidarität. Überall leistet die Zivilgesellschaft, leisten vor allem Frauen einen unverzichtbaren Beitrag zur Schlichtung von Konflikten. Zentrale Akteure für den Frieden sind also nicht nur Nationalstaaten. Wir sind alle verantwortlich.

Als Handlungsprinzip empfiehlt sich Kants Maxime der Gerechtigkeit:  
„Jederzeit an der Stelle des anderen denken!“  
Und zwar global!